

Atommüll-Lager

Klagen gegen Schacht Konrad abgewiesen

Das für mehr als 300.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle geplante Endlager Schacht Konrad bei Salzgitter in Niedersachsen kann wahrscheinlich gebaut werden. Es soll 85 Prozent aller radioaktiven Abfälle in Deutschland aufnehmen, wovon langfristig zwei Drittel von den Energieversorgungsunternehmen kommen werden. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg wies am 8. März 2006 mehrere Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss des niedersächsischen Umweltministeriums aus dem Mai 2002 zurück. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Die Kläger können aber dagegen Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht einlegen. Bundesumweltminister Gabriel (SPD) kündigte an, die Beschwerde abwarten zu wollen. Er werde das Bundesamt für Strahlenschutz noch nicht anweisen, mit der Vorbereitung der Arbeiten zu beginnen. Ein rechtskräftiges Urteil erwartet er in einhalb Jahren.

Geklagt hatten die Stadt Salzgitter, zwei Nachbargemeinden und eine Landwirtschaftliche. Die Richter erklärten, der Standort sei für die Lagerung von Atommüll geeignet, für Störfälle seien ausreichende Vorkehrungen getroffen worden und Fehler bei der Genehmigung von Schacht Konrad seien nicht gemacht worden. In Berlin forderte daraufhin die CDU/CSU eine zügige Inbetriebnahme von Schacht Konrad, die Zeit sei „reif für ein Zwei-Endlager-Konzept“ im Gegensatz zu der von der vorigen rot-grünen Bundesregierung verfolgten Absicht, nur ein einziges Endlager für alle Sorten radioaktiver Abfälle einzurichten. Die Erkundung von Gorleben als Lager

für hochradioaktive Abfälle müsse wieder aufgenommen werden.

Für die Atomwirtschaft begrüßte Dr. Walter Hohlfelder, Präsident des Deutschen Atomforums, die Abweisung der Klagen. Mit dem nun möglichen Ausbau von Schacht Konrad könne eine wesentliche Komponente des im internationalen Vergleich weit vorangeschrittenen deutschen Versorgungskonzepts umgesetzt werden, meinte er.

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) übte inzwischen in einer Pressemitteilung vom 15. März 2006 heftige Kritik am grünen Endlagersuchgesetz und der Bundestagsfraktion der Grünen, die eine Endlagersuche für Atommüll den Betreibern von Atomanlagen überlassen wollten. „Eine ‚ergebnisoffene‘ Endlagersuche ausgerechnet denen überlassen zu wollen, die sich schon im vorigen Jahrhundert auf Gorleben und Schacht Konrad festgelegt haben, ist die Bankrotterklärung grüner Atompolitik“, bewertete der BI-Sprecher die Situation. Die grüne Bundestagsfraktion halte die Illusion aufrecht, die Misere um die Atommüllentsorgung wäre lösbar, statt sich für den Stopp der Atommüllproduktion einzusetzen.

Im Dezember 2002 hatte der von der rot-grünen Bundesregierung eingesetzte Arbeitskreis Endlagersuche (AkEnd) seinen Abschlußbericht zu einer alternativen Endlagersuche vorgestellt. Ein Gesetzesentwurf zu einem Endlagersuchgesetz wurde zwar mehrfach angekündigt, zuletzt aber verschoben. „Seit inzwischen drei Jahren und drei Monaten ist rein gar nichts passiert, außer der Vorfestlegung Gorlebens durch weitere Castortransporte“, faßte BI-Sprecher Francis Althoff die Situation zusammen. Die Rede von der „weißen Landkarte“ in der Endlagerfrage sei nur eine Floskel. ●

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem nebenstehenden Angebot:

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 64,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten. Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können. Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst •
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de, <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektrosmog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: emf@katalyse.de, <http://www.elektrosmogreport.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann, Berlin, Dipl.-Ing. Heiner Matthies, Berlin, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz, Gauting, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 64,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzellexemplare EURO 6,40.

Kontoverbindung: Th. Dersee, Konto-Nr. 5272362000, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00, BIC: BEVODEBB, IBAN: DE59 1009 0000 5272 3620 00.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 19-20, 10969 Berlin.

Vertrieb: Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktzeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2006 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288